

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 24. September 2021

Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2022

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2021 über den Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis¹ den Kantonsregierungen. Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 24. September 2021 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich dazu wie folgt.

Sämtliche Kantone haben die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neuesten Bemessungsjahrs 2018, geprüft und zum Bericht Stellung genommen (siehe Beilage). Gestützt darauf **nimmt die FDK den Bericht der EFV zur Kenntnis und stellt keine Anträge zu den Zahlen 2022.**

Zweck der jährlichen Anhörung ist der Vollzug des Finanzausgleichs und die ordentliche Prüfung der Datengrundlagen. Die FDK äussert sich deshalb an dieser Stelle nicht zur Wirksamkeit, zur Dotation oder zu Möglichkeiten der Weiterentwicklung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Regierungsrat Ernst Stocker

Der Generalsekretär:



Dr. Peter Mischler

¹ Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundesgesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Beilage

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2022

Kopie (Mail)

- Mitglieder FDK
- Sekretariat KdK

FDK / CDF	Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen. Stellungnahme zum Bericht der EFV	Plenarversammlung / Assemblée plénière	24.09.2021
		Traktandum	6 – Beilage 1

Geht an:	Mitglieder FDK
Datum:	10.09.2021

1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonsregierungen durch. Mit Brief vom 14. Juli 2021 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 20. August 2021. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2021 über den Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung befasste sich an ihrer Sitzung vom 27. August 2021 mit der technischen Beurteilung des Anhörungsergebnisses. Der FDK-Vorstand nahm das Ergebnis am 10. September 2021 zur Kenntnis.

2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen eingegangen. Anträge zur Wirksamkeit, Dotation und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung.

Der Kanton BE stimmt angesichts der nicht erfolgten Korrektur der FilaV und damit einhergehend des sog. Sondereffekts den Datengrundlagen für das Jahr 2022 nicht zu. Er will sich direkt beim Bundesrat einbringen. Die übrigen Kantone haben die im Bericht der EFV verwendeten Zahlengrundlagen der Bemessungsjahre 2016, 2017 und 2018 bestätigt oder ohne Änderungsanträge so zur Kenntnis genommen.

Von zwei Kantonen wurde die Überprüfung der Datengrundlagen durch die Fachgruppe Qualitätssicherung gewünscht:

- Kanton TI: Im Bereich des soziodemografischen Ausgleichs stellt der Kanton TI bedeutende Differenzen zwischen 2021 und 2022 fest. Er wünscht von der Fachgruppe Qualitätssicherung, dass die Daten zu den Indikatoren "Armut" und "Integration von Ausländern" nochmals geprüft werden.
- Kanton NE: Die Quelle der verwendeten Daten der massgebenden Bevölkerung für die Berechnung des Ressourcenpotenzials konnte durch den Kanton NE nicht verifiziert werden. Die für den Kanton NE verwendete Zahl ist 179'255 während der Durchschnitt der Jahre 2016-2018 der ständigen und nichtständigen Bevölkerung gemäss BFS (STATPOP) 178'979 beträgt. Des Weiteren war es dem Kanton NE nicht möglich, die massgebende ausländische Bevölkerung im Rahmen des Lastenausgleichs nachzuvollziehen.

3. Stellungnahme der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2022
AG 11.8.	"(...) Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zu den Daten. Die Prüfung der Datengrundlagen hat keine Hinweise auf irgendwelche Fehler oder Unklarheiten bei den für den Kanton Aargau verwendeten Daten ergeben. Wir haben somit keine Bemerkungen oder Anpassungsanträge zum Bericht. (...)"
AI 25.6.	<p>"(...) Die Zahlen 2018 wurden geprüft. Sie entsprechen den eigenen Berechnungen. Die Datengrundlagen für die Jahre 2016 und 2017 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt. Die Datenbasis 2018, die neu für die Berechnung des NFA 2022 beigezogen wird, ersetzt die Zahlen des Jahrs 2015. Somit kommt der Mittelwert der Jahre 2016-2018 zur Anwendung.</p> <p>Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2018 konnten verifiziert werden. Des Weiteren wurde geprüft, ob die vom Kanton Appenzell I.Rh. gelieferten Zahlen beim Bund korrekt verarbeitet wurden, ob die NFA-Berechnungen auf diesen Daten beruhen und ob diese auch nachvollziehbar sind.</p> <p>Die Standeskommission nimmt von den Grundlagen für die Berechnung Kenntnis und erklärt sich mit den provisorischen NFA-Zahlen 2022 einverstanden. (...)"</p>
AR 20.8.	"(...) Der Regierungsrat AR hat am 17. August 2021 den Bericht über den NFA 2022 zustimmend zur Kenntnis genommen und das Departement Finanzen beauftragt, der FDK mitzuteilen, dass die Berechnungen des Bundes korrekt sind und keine Anträge gestellt werden. (...)"
BE 18.8	<p>"(...) Der Regierungsrat nimmt davon Kenntnis, dass der Prozess der Erhebung, Lieferung und Verarbeitung der Daten, an dem die Kantone, die Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV), das Bundesamt für Statistik (BFS) und die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) beteiligt sind, im ersten Halbjahr 2021 erfolgte. Die Fachgruppe «Qualitätssicherung» begleitete den Prozess und nahm am 8. Juni 2021 den Bericht zustimmend zur Kenntnis.</p> <p>Unsere zuständigen kantonalen Fachämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft. In diesem Zusammenhang wurden keine Mängel erkannt.</p> <p>Allerdings fallen die Ausgleichszahlungen im Jahr 2022 an den Kanton Bern angesichts der nicht erfolgten Anpassung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV) und der in diesem Zusammenhang nicht erfolgten Korrektur des sog. «Sondereffekts» nach wie vor zu tief aus. Der Regierungsrat hat den diesbezüglichen Sachverhalt und seine Haltung dazu gegenüber der FDK bereits in seiner Stellungnahme zur Anhörung der Ausgleichszahlungen 2021 ausführlich dargelegt.</p> <p>Im Rahmen der Stellungnahme zu den Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2021 beantragte die FDK der Eidgenössischen Finanzverwaltung am 25. September 2021 die Prüfung einer Anpassung der FiLaV, welche die massiven finanziellen Auswirkungen des Sondereffekts auf den Kanton Bern eliminiert hätte. Am 21. Mai 2021 lehnte die FDK in ihrer Stellungnahme an den Bundesrat den durch die EFV ausgearbeiteten Entwurf für die Anpassung der FiLaV aber ab.</p> <p>Der Regierungsrat hat diesen Entscheid der FDK mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen. Zwar hat er durchaus Verständnis für die Argumentation der meisten Kantone, wonach der Finanzausgleich regelbasiert vollzogen werden müsse und Einzelfälle nicht berücksichtigt werden können. Allerdings ist ihm bis heute kein Einzelfall bekannt, dessen finanziellen Auswirkungen auch nur annäherungsweise derart gravierend für den einzelnen Kanton ausgefallen sind, wie nun derjenige im Kanton Bern.</p> <p>Mit dem Verzicht auf eine Anpassung der FiLaV wird der in Art. 3 Abs. 1 des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FilaG) verankerte Grundsatz, wonach das Ressourcenpotenzial eines Kantons den Wert seiner fiskalisch ausschöpfbaren Ressourcen darstellt, in krasser Weise verletzt bzw. politisch ganz bewusst in Kauf genommen. Der Regierungsrat erachtet dies nach wie vor für sehr stossend und insbesondere auch aus staatspolitischer Sicht für falsch.</p>

	<p>Der Bundesfinanzausgleich gehört zu den wesentlichsten Eckpfeilern unseres föderalistischen Staatssystems. Dementsprechend gilt es, diesem fein austarierten System Sorge zu tragen und nicht beabsichtigte Wirkungen bzw. offensichtliche Mängel zu korrigieren. Nur so bleiben die Glaubwürdigkeit und somit auch die politische Akzeptanz des Bundesfinanzausgleichs - gerade auch in der Bevölkerung - langfristig gewährleistet.</p> <p>Angesichts der nicht erfolgten Korrektur der FilaV und damit einhergehend des sog. Sondereffekts kann der Regierungsrat den aus den vorliegenden Datengrundlagen für das Jahr 2022 an den Kanton Bern resultierenden Ausgleichszahlungen im Ressourcenausgleich nicht zustimmen. Mit Blick auf ihren ablehnenden Entscheid vom 21. Mai 2021 hinsichtlich der Anpassung der FilaV, verzichtet der Regierungsrat aber auf eine Antragsstellung an die FDK im Rahmen der Anhörung der Finanzausgleichszahlungen 2022. Vielmehr wird er seine Anliegen im Zusammenhang mit den Finanzausgleichszahlungen 2022 direkt beim Bundesrat einbringen. (...)"</p>
BL 17.8.	"(...) Wir haben die von uns gelieferten Zahlen für das Bemessungsjahr 20218 geprüft. Diese wurden korrekt für den Finanzausgleich 2022 übernommen. Wir stellen keine Anträge (...)"
BS 24.8.	"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis. Folgt erst nach dem 25.8. Gemäss telefonischer Auskunft sind aufgrund der technischen Analyse keine Anträge zu den Datengrundlagen zu erwarten. (...)"
FR 17.8.	<p>"(...) D'une manière générale, le rapport de l'AFF et les informations complémentaires mises à disposition sur son site Internet présentent clairement les évolutions intervenues depuis l'année dernière. Ils fournissent les éléments nécessaires aux administrations cantonales pour s'assurer du bon usage des données concernant directement leur canton et procéder à une vérification des calculs de l'administration fédérale.</p> <p>En matière de péréquation des ressources, l'analyse de la Direction des finances n'a pas révélé de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat est similaire pour la compensation des charges géo-topographiques et socio-démographiques. Les données de base et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte de la diminution de 5 % des montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument. Elle est conforme à ce qui est prévu par la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC, art. 19 al. 3).</p> <p>Nous relevons encore l'évolution de la dotation des mesures d'atténuation temporaires visant à atténuer les effets de la réforme de la péréquation financière sur les cantons à faible potentiel de ressources. La répartition de la dotation 2022 est conforme aux prescriptions de l'article 19c de la PFCC et peut être considérée comme validée par le canton de Fribourg. (...)"</p>
GE 28.6.	<p>"(...) Les vérifications opérées par mes services permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'administration fédérale des finances (AFF) sont bien basés sur les données qui ont été transmises et respectent les formules de calcul de l'ordonnance sur la péréquation financière et la compensation des charges.</p> <p>Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, ces résultats permettent de valider les bases de calcul des chiffres de la péréquation financière pour l'année 2022 telles qu'elles nous ont été présentées dans le rapport de l'AFF. (...)"</p>
GL 17.8.	<p>"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen.</p> <p>Wir danken und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2022 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2021 zur Kenntnis. (...)"</p>

GR 11.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht "Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen" der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV vom Juni 2021 für den Kanton Graubünden verwendeten Daten geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Für den Ressourcenausgleich neu erfasst ist das Bemessungsjahr 2018. Die Daten sind unseres Erachtens korrekt berücksichtigt. Wir haben daher keine Korrekturanträge.</p> <p>Die Veränderung des Ressourcenindex (RI) für Graubünden gegenüber dem laufenden Jahr 2021 ist mit + 0,1 Prozentpunkten marginal. Die Stabilität - zeitlich vor den Auswirkungen der STAF auf die RA-Grundlagen - entspricht unseren Erwartungen. Aufgrund der vom Eidg. Parlament beschlossenen Übergangsregelung erfährt Graubünden eine relativ starke Reduktion der RA-Zahlung im 2022 um gut 7 Mio. Franken (auf knapp Fr. 125 Mio.). Sie wird durch die Abfederungsmassnahme im 2022 mit einem Zusatzbeitrag von 7,9 Mio. Franken aufgefangen.</p> <p>Auch die Ursprungsdaten und Ergebnisse des für Graubünden sehr bedeutsamen geografisch-topografischen Lastenausgleichs (GLA) erscheinen stimmig und plausibel. Der GLA weist wie immer eine hohe Stabilität aus. Das Gesamtvolumen erhöht sich ganz leicht entsprechend der Teuerung April 2020 – April 2019 um 0,3% (Vorjahr - 1,1%). Für Graubünden beträgt der Anstieg des GLA entsprechend 0,4 Mio. Franken (auf 137,1 Mio.). Es gibt aus unserer Sicht keine Anhaltspunkte für fehlerhafte Daten. Wir haben daher auch keine Veranlassung für Änderungsanträge. (...)"</p>
JU 17.8.	<p>"(...) Le Gouvernement jurassien a pris connaissance du rapport rendu public par l'Administration fédérale des finances (AFF) le 15 juin dernier concernant la péréquation des ressources et la compensation des charges et des cas de rigueur pour l'année 2022.</p> <p>Il tient à vous remercier de le consulter et également pour le travail et le dialogue nécessaires que vous entretenez avec les cantons.</p> <p>Les chiffres 2022 mis en consultation sont conformes à la tendance préalablement annoncée au printemps. Les données jurassiennes correspondent à nos extrapolations issues des données fiscales transmises. Demeure réservée l'influence d'une éventuelle correction ultérieure par un autre canton ou la découverte d'une erreur de saisie ou de reprise des données fiscales de base.</p> <p>Les flux financiers RPT 2022 intègrent les données liées à l'année 2018 et, pour la troisième et dernière année, les effets des modifications législatives arrêtées par les Chambres fédérales au mois de juin 2019. Notre potentiel par habitant par rapport à la moyenne suisse est en progression et il est logique que notre indice s'améliore, voire que le versement annuel soit moins favorable. Le Gouvernement jurassien constate toutefois que la réforme de 2019 amplifie cet effet et les pertes financières liées.</p> <p>La raison principale est la fin, de la corrélation entre l'évolution réelle du potentiel des cantons et l'évolution de leurs contributions (et donc des paiements reçus). Nous en subissons clairement les conséquences, même si notre canton a quitté la dernière place du classement en 2022. Inversement, les cantons les plus forts ne se sont jamais aussi bien portés (potentiel par habitant, comptes et fiscalité attractive). Le Gouvernement jurassien estime toujours que le rapport entre les diminutions de versements annuels aux cantons financièrement faibles par rapport à l'allègement des contributions des cantons financièrement forts est trop important.</p> <p>Nos contacts avec l'administration fédérale, notamment avec sa section péréquation financière, montrent que notre anticipation des pertes financières annuelles liées à cette réforme est certes moindre mais reste toujours importante. La différence tient à de multiples facteurs. Certains sont réjouissants et totalement conformes à l'objectif initial de la RPT, comme notamment à la progression réelle de notre potentiel de ressources et de notre démographie par rapport aux autres cantons. D'autres sont directement liés à la réforme de 2019 et pénalisent clairement le canton du Jura. En effet, la courbe de redistribution annuelle à l'ensemble des cantons financièrement faibles a complètement changé (minimum garanti et plafonné à 86,5% pour les cantons disposant d'un d'indice en dessous de 70, ce qui limite l'alimentation nécessaire de la dotation de base).</p> <p>Le Gouvernement jurassien ne veut pas ici relancer le débat sur la réforme de 2019 et est conscient que la présente consultation est essentiellement technique. Il se permet toutefois d'en profiter pour confirmer les craintes émises lors des débats politiques de 2018 et 2019 sur l'évolution de la RPT. Il espère ainsi que le prochain bilan du système péréquatif prévu à la fin de la période permettra de vérifier que les objectifs de la péréquation financière ont bien été atteints. (...)"</p>
LU 23.8.	<p>"(...) Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zum Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen zuhanden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) geprüft haben. Unsere</p>

	Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2022. (...)"
NE 18.8	<p>"(...) Notre canton a pris connaissance des chiffres de la péréquation des ressources, de la compensation des charges et des cas de rigueur ainsi que des mesures d'atténuation pour l'année 2022. Nous constatons à leur examen qu'ils sont en adéquation avec les données fournies par notre service des contributions, à l'exception de quelques corrections marginales. N'ayant relevé aucune incohérence particulière, nous considérons donc que les chiffres pour l'année de référence 2022 sont fiables en ce qui nous concerne.</p> <p>Néanmoins, malgré plusieurs recherches, notre service de statistique n'a pas été en mesure de retrouver la source des données relatives à la population déterminante utilisée pour le calcul du potentiel de ressources. Le chiffre utilisé pour le canton de Neuchâtel est 179'255 habitants alors que la moyenne 2016-2018 de la population résidente permanente et non permanente se monte à 178'979 selon l'OFS (STATPOP). En outre, il ne nous est pas possible de vérifier la population étrangère déterminante utilisée dans le cadre du calcul de la compensation des charges excessives liées à la structure de la population, les données n'étant pas à notre disposition. Hormis ces points particuliers, nous n'avons pas d'autres remarques à formuler sur le rapport de l'Administration fédérale des finances. (...)"</p>
NW 6.7.	"(...) Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2022 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2018 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...)"
OW 18.8.	<p>"(...) Wie bereits in den Vorjahren ist zu bemerken, dass die NFA-Beträge mit den vorliegenden Angaben durch uns rechnerisch nicht detailliert verifiziert werden können. Wie aus dem der Vernehmlassung beiliegenden Prüfungsbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zu entnehmen ist, werden die von den kantonalen Steuerämtern gelieferten Daten überprüft.</p> <p>Das Ergebnis des Ressourcenindex zeigt für den Kanton Obwalden einen starken Rückgang gegenüber dem Vorjahr. Dieser Rückgang ist auf den Wegfall eines Einmaleffekts im Jahr 2015 zurückzuführen und für uns nachvollziehbar. Die Finanzkraft des Kantons in den zugrundeliegenden Bemessungsjahren 2016 bis 2018 widerspiegelt die von uns erwartete Entwicklung.</p> <p>Was die Entwicklung der übrigen Kantone angeht, entzieht sich diese der Kenntnis des Kantons Obwalden. Entsprechend kann die Entwicklung des Ressourcenausgleichs von 2,409 Milliarden Franken (vertikal) bzw. 1,606 Milliarden Franken (horizontal) nicht beurteilt werden.</p> <p>Dementsprechend wird vom Ergebnis der definitiven Berechnung Kenntnis genommen und diese Zahlen werden in der Folge in die Planung des Kantons Obwalden aufgenommen werden. (...)"</p>
SG 19.8.	"(...) Wir haben die im Bericht «Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2021 veröffentlichten Beträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2022 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografisch-topografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeträge zugunsten des Kantons St.Gallen für das Jahr 2022 fehlerhaft sein könnten. (...)"
SH 10.8.	"(...) Wir haben die Zahlen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV zum Finanzausgleich 2022 zwischen Bund und Kantonen für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen keine. Für die Gelegenheit zur Stellungnahme und deren Kenntnisnahme danken wir Ihnen. (...)"
SO 13.8.	"(...) Wir danken Ihnen dafür und können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben. Wir haben die Zahlen plausibilisiert und sind mit der Berechnung einverstanden. (...)"
SZ 6.7.	<p>"(...) Der Kanton Schwyz hat die Berechnungen geprüft und festgestellt, dass</p> <ul style="list-style-type: none"> - der Kanton Schwyz die richtigen Zahlen in der vorgeschriebenen Form geliefert hat; - die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren;

	- und entsprechend davon auszugehen ist, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden. (...)"
TG 13.8.	"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten nachvollziehbar und korrekt. Wir nehmen davon zustimmend Kenntnis. (...)"
TI 18.8.	<p>"(...) I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti. Ritenuto inoltre che i dati di tutti Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätssicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti nell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri. In considerazione delle importanti differenze riscontrate nel settore della compensazione degli aggravi sociodemografici per quanto concerne le quote 2021 e 2022, auspichiamo tuttavia che i dati concernenti in particolare gli indicatori "povertà" e "integrazione degli stranieri" siano nuovamente esaminati dal gruppo di lavoro "Qualitätssicherung".</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale.</p> <p>Più in generale, il Canton Ticino ribadisce quanto già espresso in più occasioni, ovvero la richiesta di tenere conto in modo maggiormente adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone. La richiesta concerne sia la compensazione degli oneri sia la perequazione delle risorse:</p> <ul style="list-style-type: none"> - compensazione degli oneri sociodemografici: lo strumento non considera minimamente i costi dovuti all'afflusso giornaliero di un numero importante di frontalieri nel territorio (traffico, costi esterni, pressione sui salari, ...). Si tratta di un'evidente lacuna che richiede una correzione del sistema attraverso l'introduzione di un indennizzo per i cantoni di frontiera. Questa richiesta è oggi ancora più attuale considerando i dati perequativi del 2022, che indicano per il Ticino, nonostante l'aumento del montante dedicato alla compensazione degli oneri sociodemografici, una forte riduzione della quota compensativa. Un risultato, questo, non accettabile per il nostro Cantone. - Compensazione degli oneri geotopografici: insistiamo sulla necessità di modificare l'indicatore concernente l'altitudine, facendo riferimento alle statistiche sviluppate dall'Ufficio federale di statistica per determinare la declività effettiva in base ai nuovi modelli di Swisstopo (vedi pagina 83 del rapporto sull'efficacia 2016-2019). La proposta consiste nel modificare l'attuale metodo di calcolo del declivio con uno volto a calcolare direttamente il declivio di un terreno indipendentemente dall'altitudine dello stesso (utilizzo dello SLOPE-METHOD al posto dell'attuale HEIGHT-METHOD). - Perequazione delle risorse: in questo ambito permane la necessità di considerare diversamente i redditi dei frontalieri nel potenziale di risorse tramite una riduzione più consistente della quota considerata, dall'attuale 75% al 50%; oppure attraverso la presa in conto, perlomeno parziale, del numero di frontalieri nella popolazione utilizzata per calcolare il potenziale pro-capite. Riteniamo infatti che non sia accettabile che i redditi dei frontalieri siano considerati nel potenziale delle risorse, mentre gli agenti che li generano no. Questo fatto è fortemente penalizzante per i Cantoni con un importante numero di frontalieri in quanto il calcolo del potenziale fiscale per abitante non contempla il reale numero al denominatore degli agenti che generano i redditi considerati e compresi al numeratore, sopravvalutando di fatto l'indicatore. (...)"
UR 20.8.	<p>"(...) Die Ablehnung des Prüfauftrags der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK) vom September 2020 nimmt der Regierungsrat zur Kenntnis. Sie entspricht auch der Ansicht des Regierungsrats.</p> <p>Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten - soweit möglich - geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2022 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...)"</p>
VD 18.8.	<p>"(...) Les données de base transmises par le Canton de Vaud ainsi que leur utilisation dans les calculs qui déterminent l'indice des ressources ont pu être contrôlées grâce aux informations figurant dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) du 15 juin 2021 ou au moyen des tableaux Excel mis à disposition par l'AFF sur son site internet.</p> <p>Dès lors, les chiffres 2022 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'Etat, sous réserve des éléments suivants :</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ; • notre Canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF. (...) <p>Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) relatif à la péréquation financière 2022 entre la Confédération et les cantons, sous les réserves expressément mentionnées ci-dessus. (...)"</p>
<p>VS 11.8.</p>	<p>"(...) En 2021, le Contrôle fédéral des finances a procédé, comme tous les quatre ans, à un audit partiel des résultats d'extraction des données RPT pour le canton du Valais. Quelques petites erreurs mineures ont été corrigées pour l'impôt à la source et aucune erreur n'a été détectée pour l'extraction et la livraison des données concernant les personnes morales. Après vérification des données concernant les personnes physiques, le Conseil d'Etat estime ainsi que les livraisons de données réalisées pour notre canton pour les calculations de la péréquation intercantonale 2022 sont correctes.</p> <p>Il prend ainsi acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <p>A la suite des modifications légales introduites il y a trois ans pour modifier le système d'alimentation de la péréquation des ressources, nous pouvons constater que les cantons à faible potentiel de ressources sont largement prétérités par la limite introduite d'un indice minimum garanti de 86,5 points après péréquation des ressources. Entre 2021 et 2022, le fonds de péréquation des ressources diminue ainsi de 2,448 millions à 2,409 millions de francs avant les mesures d'atténuation. Ceci engendre une baisse ou une stabilisation de recettes de la péréquation fédérale dans les cantons les plus faibles, dont le canton du Valais. Pour 2022, notre canton est d'ailleurs celui qui a l'indice de péréquation des ressources le plus faible, avec 64, 7 points.</p> <p>En tenant compte des mesures d'atténuation, dont le fonds augmente de 80 millions à 200 millions de francs de 2021 à 2022, et de la hausse du fonds de compensation des charges de 800,7 millions en 2021 à 862,8 millions en 2022, notre canton ne bénéficie au total que de quelque 13 millions de francs en plus qu'en 2021 alors même que nous avons régressé en termes d'indice de ressources. En outre, 120 millions de francs supplémentaires ont été injectés pour les mesures d'atténuation de changement de système et 62, 1 millions pour la compensation des charges. Cela signifie que les montants pour les mesures d'atténuation ne sont pas suffisants et que cette dotation devrait être revue pour les années futures. Nous relevons par exemple que le canton du Jura, avant-dernier en termes d'indice de ressources, perd plus de 7 millions de francs entre 2021 et 2022 malgré ces 182, 1 millions de francs de dotation supplémentaire pour la péréquation 2022, alors que le canton de Genève, qui payait quelque 188 millions de francs en 2021, ne paie plus que 150,5 millions en 2022.</p> <p>Ce changement de système, combattu par les cantons les plus faibles, est donc difficilement compréhensible, si ce n'est que le but recherché était de simplement limiter la contribution des cantons les plus forts et par là-même également celle de la Confédération. Nous demandons à ce que la limite minimale garantie de 86,5 soit revue et rehaussée, ou alors que le fonds des mesures d'atténuation soit sensiblement augmenté dès 2023.</p> <p>Le Conseil d'Etat valaisan a pris note que la demande du canton de Berne concernant un effet extraordinaire, que la CDF avait demandé d'examiner en vue d'une éventuelle modification de l'ordonnance fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges (OPFCC), a été largement refusée par une majorité des cantons lors d'une consultation effectuée par la CDF à ce sujet. Le Conseil d'Etat est satisfait dans le sens ou tout effet extraordinaire unique ne peut entraîner à chaque fois une modification de l'OPFCC, cette dernière répondant à notre sens à la quasi-totalité des cas spéciaux.</p> <p>Ainsi, bien que l'audition n'amène pas de remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2022, le Gouvernement valaisan réitère son inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale. En plus de la volatilité dans le volume du fonds constaté entre 2020 et 2021 par le changement de système, nous constatons que malgré une forte hausse du volume des fonds de compensation des charges et des mesures d'atténuation de plus de 180 millions de francs, certains cantons très faibles perdent des recettes fédérales, voire n'en gagnent que très peu par rapport à 2021.</p>

	<p>Le Conseil d'Etat invite ainsi le Conseil fédéral à être attentif à cette situation et à analyser si les modifications techniques introduites récemment sont vraiment pertinentes au vu de la définition d'une péréquation qui vise à rééquilibrer les ressources entre les collectivités publiques les plus fortes et les plus faibles.</p> <p>En conclusion, nous pouvons valider les chiffres 2022 de la péréquation financière intercantonale. Nous invitons toutefois la CDF à faire preuve de retenue dans ce domaine tant que les effets liés à la réforme fiscale des entreprises et tant que les effets de la pandémie COVID-19 ne seront pas réellement connus sur le système de péréquation intercantonale. (...)"</p>
<p>ZG 17.8.</p>	<p>"(...) Die Zuger Steuerzahlen in den uns vorliegenden Berechnungen der EFV haben wir geprüft – insbesondere jene für das neu hinzugekommene Bemessungsjahr 2018. Es hat sich gezeigt, dass die Berechnungen auf den vom Kanton Zug gelieferten Daten basieren. Mangels Kenntnis der Detailzahlen haben wir im Sinne einer groben Plausibilisierung auch einen Blick auf die Steuerzahlen der anderen Kantone geworfen. Diese erscheinen uns ebenfalls nachvollziehbar und plausibel.</p> <p>Der Kanton Zug hat 2022 die eindruckliche Summe von 328 Millionen Franken zum Nationalen Finanzausgleich (NFA) beizutragen. Dies entspricht 2594 Franken pro Einwohnerin und Einwohner. Das ist der höchste pro-Kopf-Betrag aller Kantone. Er ist mehr als doppelt so hoch wie derjenige des zweitplatzierten Geberkantons. Diese Zahlen knüpfen an diejenigen des Vorjahres an und zeigen einmal mehr, wie der NFA in die Finanzen des Kantons Zug eingreift. Mit den NFA-Zahlungen, dem Beitrag an die Direkte Bundessteuer und den AHV-Überschüssen leistet der Kanton Zug einen ausserordentlich hohen Beitrag an den bundesweiten Wohlstand und den nationalen Zusammenhalt. (...)"</p>
<p>ZH 26.7.</p>	<p>"(...) Wir haben die Datengrundlagen des Kantons Zürich für die Berechnungen des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und den sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2022 geprüft und konnten keine Unzulänglichkeiten feststellen.</p> <p>Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich kann ich Ihnen mitteilen, dass die Berechnungen in technischer Hinsicht plausibel sind und wir keine Bemerkungen zum Bericht oder Anpassungsanträge haben. (...)"</p>